

## Positionspapier zum grünen Wirtschaftskongress 2020

# Grüne Instrumente zur Unterstützung der Industrie bei der anstehenden Transformation

Der globale Wettbewerb um die Technologien von morgen ist in vollem Gange. Wir wollen, dass die deutsche Wirtschaft diese Herausforderung annimmt und sich in diesem Wettbewerb behauptet. Dafür stellen wir die Weichen auf ökologische Modernisierung und nachhaltiges Wirtschaften, damit die Industrie hier am Standort Technologievorreiter bei der Entwicklung klimaneutraler Prozesse werden kann.

Wir wollen den politischen Rahmen so setzen, dass sich in allen Branchen ein Wettbewerb um die besten Lösungen und die besten Technologien entwickeln kann, um die Umwelt zu erhalten und die Klimakrise zu bekämpfen.

Diese Lösungen und Technologien sichern Wohlstand und zukunftsfähige Arbeitsplätze, leisten einen Beitrag zu Klima- und Ressourcenschutz, sparen darüber hinaus teure Energieimporte ein und helfen, Konflikte um Öl und Erdgas zu verhindern. Made in Germany soll zukünftig nicht nur für Qualität und Innovation, sondern auch für nachhaltige Produkte und Prozesse stehen.

Für viele Bereiche liegen die Ideen längst auf dem Tisch. So lässt sich Stahl mit grünem Wasserstoff ohne klimaschädliche Kohle herstellen, neue Werkstoffe und alternative Verfahren erhöhen die Klimaverträglichkeit von Zement, biotechnologische Verfahren und nachwachsende Rohstoffe weisen in der Chemieindustrie den Weg aus der klimaschädlichen Erdölchemie. Zur Unterstützung dieses Prozesses setzen wir auf einen breiten Instrumentenmix.

Ein ordnungsrechtlicher klima- und umweltpolitischer Rahmen setzt die verlässlichen Leitplanken und gibt den Unternehmen die notwendige langfristige Planungssicherheit für ihre Investitionen. Im Zentrum steht dabei ein wirksamer CO<sub>2</sub>-Preis, der Klimaschutzinvestitionen nicht erst in ein paar Jahren, sondern

schon heute rentabel macht.

Der europäische Emissionshandel gibt aktuell die Richtung vor. Nachdem über Jahre Emissionszertifikate zu Ramschpreisen gehandelt wurden, entwickelt sich jetzt am Markt ein Preis, der eine Lenkungswirkung entfalten kann. Doch solange es keinen global harmonisierten CO<sub>2</sub>-Preis gibt, wollen wir durch einen klugen Mix aus „Fordern und Fördern“ die Wettbewerbsfähigkeit energieintensiver Branchen sichern, damit deutsche und europäische Unternehmen die Modernisierung angehen können, ohne auf dem internationalen Markt schlechter gestellt zu sein.

**Direkte Innovations- und Investitionsförderung:** Wir wollen Investitionen in transformative CO<sub>2</sub>-freie Verfahren und Prozesse durch direkte Zuschüsse für sogenannte Leuchtturmprojekte fördern und damit EU-Förderprogramme ergänzen. Zudem wollen wir über degressive Abschreibungen der getätigten Investitionen für transformative CO<sub>2</sub>-freie Industrieprozesse in Höhe von mind. 25 Prozent auch steuerlich Anreize setzen. Wir wissen, dass in vielen Branchen diese Förderung allein nicht ausreichen wird. Deshalb setzen wir auf weitere, ergänzende Maßnahmen.

**Mit Klimaverträgen Investitionssicherheit schaffen:** Investitionen in CO<sub>2</sub>-neutrale Industrieprozesse in der Grundstoffindustrie sind in vielen Branchen derzeit nicht rentabel. Insbesondere in bestimmten Bereichen der Metallproduktion, für bestimmte chemische Prozesse oder in der Baustoffindustrie lohnen sich diese erst bei hohen CO<sub>2</sub>-Preisen, die das europäische Emissionshandelssystem noch nicht abbildet.

Damit sich eine Umstellung für Unternehmen nicht erst in einigen Jahren rechnet, sondern schon heute, wollen wir den Unternehmen, die

sich auf den Weg machen, die notwendige Investitionssicherheit geben. Dafür wollen wir die Differenz zwischen dem aktuellen CO<sub>2</sub>-Preis und den tatsächlichen CO<sub>2</sub>-Vermeidungskosten erstatten, welche den Unternehmen durch die Investitionen in neue Verfahren und Technologien entstehen. Dafür werden die besten Projekte in einem wettbewerblichen Ausschreibungsverfahren ermittelt und mit den betreffenden Unternehmen Klimaverträge (Carbon Contracts for Difference) abgeschlossen.

Die dadurch entstehenden Kosten wollen wir über einen Klimabeitrag refinanzieren, der auf die entsprechenden Produkte der Branche aufgeschlagen wird. Um die Kosten fair zu verteilen, soll der Klimabeitrag für heimische Produkte und Importe gleichermaßen gelten. So rechnen sich Investitionen in CO<sub>2</sub>-freie Technologien sofort und es werden kurzfristige Wettbewerbsnachteile gegenüber Regionen ohne eine entsprechende CO<sub>2</sub>-Bepreisung vermieden.

**Europa zum Leitmarkt für CO<sub>2</sub>-freie Technologien und Verfahren machen:** Investitionen in CO<sub>2</sub>-freie Materialien und Produkte lohnen sich auch immer dann, wenn dafür Zukunftsmärkte entstehen. Ergänzend zu den genannten Förderinstrumenten wollen wir, wo dies sinnvoll und praktikabel ist, für bestimmte Produkte in Europa Quoten für den Anteil CO<sub>2</sub>-neutraler Grundstoffe festsetzen, die ein Produkt enthalten muss. Dies könnte z. B. eine Quote für CO<sub>2</sub>-frei erzeugten Stahl in PKWs sein. Diese Quoten können dann kontinuierlich bis zu einem Zielwert von 100 Prozent ansteigen und die Umstellung von Branchen und Verfahren unterstützen. Solche Quoten sind auch für Importeure außerhalb der EU ein Anreiz, auf CO<sub>2</sub>-arme/freie Produkte zu setzen, wenn sie auf dem EU-Markt präsent sein wollen.

Als einen ersten Schritt in diese Richtung wollen wir die öffentliche Beschaffung des Bundes entsprechend ausrichten, indem etwa öffentliche Gebäude ganz oder zumindest in Teilen aus klimaneutralen Komponenten oder Baustoffen bestehen müssen. So sammeln wir auch Erfahrung mit der Zertifizierung CO<sub>2</sub>-armer Produkte.

**Mit einem Grenzausgleich fairen Wettbewerb sicherstellen:** Die notwendige Umstellung und Transformation zur CO<sub>2</sub>-freien Produktion wird die verschiedenen Branchen in ganz unterschiedlicher Weise fordern. Es wird Bereiche geben, in denen allein die Förderung von Innovationen und Investitionen die notwendigen Impulse geben wird. In anderen Bereichen wird die Schaffung von Leitmärkten oder von Investitionssicherheit in Form von Klimaschutzverträgen für die notwendige Dynamik sorgen.

Doch nicht alle Unternehmen werden sofort umstellen können. Das gilt insbesondere in Branchen und bei Verfahren, die technologisch heute noch ausschließlich fossil basiert und mit entsprechenden CO<sub>2</sub>-Emissionen verbunden sind. So kann ein schwieriges konjunkturelles Umfeld, verbunden mit ungleichen Voraussetzungen im internationalen Wettbewerb, Investitionen in neue Verfahren und Prozesse verzögern oder sogar verhindern. Für diese Bereiche soll es einen ergänzenden wirksamen Grenzausgleich für entstandene CO<sub>2</sub>-Kosten geben, um ein Level Playing Field auf globalen Märkten zu erhalten. Dafür sollen entsprechende CO<sub>2</sub>-intensive Produkte, die aus Regionen ohne vergleichbares Klimaschutzregime kommen, beim Import nach Europa einen dem europäischen Emissionshandel entsprechenden Beitrag leisten. So wird für einen fairen Ausgleich im internationalen Handel gesorgt. Wir erwarten, dass die EU-Kommission ihren Ankündigungen Taten folgen lässt und geeignete Vorschläge für einen solchen Grenzausgleich vorlegt, der die notwendigen Anreize zur Transformation setzt und dabei gleichzeitig einen fairen Wettbewerb auf den internationalen Märkten sicherstellt.

**Katharina Dröge MdB**

**Oliver Krischer MdB**

**Lisa Badum MdB**

**Bettina Hoffmann MdB**

**Dieter Janecek MdB**

**Stefan Schmidt MdB**

**Julia Verlinden MdB**

für die Projektgruppe Unter2Grad der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen